

Ein gelblicher Schleier legte sich wie Fett auf die Lungen und hinterließ den Geschmack von Chemie auf der Zunge. Wer im sächsischen Braunkohleveredlungswerk Espenhain arbeitete, trug den Qualm der Schwelerei tief unter der Haut. „Obwohl wir nach der Schicht stundenlang geduscht haben, stank es im Pendlerbus unerträglich nach Schwefel“, erinnert sich Klaus-Dieter Wolf (83), der einstige Leiter der betriebs-eigenen Anschlussbahn. „Der Geruch bezwang jede Seife. Manche Kumpel schliefen nicht mal im Ehebett, weil die Frauen diesen schweren Gestank nicht aushielten.“

Die Kohleveredlung war der unumstößliche Lieferant von Grundstoffen für die chemische Industrie und Energielieferant für die Bevölkerung der DDR. Die Kumpel opferten im toxischen Nebel aus Schwefeldioxid, Phenolen und krebserregendem Staub tagtäglich ihre Gesundheit - angetrieben von dem gesetzlichen Versprechen einer bergmännischen Zusatzrente, die im Alter die geringere Lebenserwartung finanziell ausgleichen sollte.

Doch nach dem Zusammenbruch der DDR folgte die soziale Kälte der gesamtdeutschen Rentenüberleitung - ein stiller Raub von Lebensleistungen durch verdeckte bürokratische Hebel. „Als Anfang 1997 die Post von der Knappschaft Bahn See kam, sah ich mit Entsetzen, dass der Zusatz ‚bergmännische Tätigkeit‘ im Datenblatt klammheimlich gelöscht worden war“, berichtet Wolf mit leiser Stimme.

Der entscheidende Identifikations-schlüssel, bergmännisch „i“, war in „sonstige Arbeiten“ umgeschlüsselt worden, somit Rentenanspruch bergmännisch „null“. Damit wurden rechtmäßig erworbene Rentenleistungen rückwirkend vom 31. Dezember 1990 bis weit zurück zum 1. Juli 1968 eiskalt gestrichen.

Sich selbst überlassen

„Vergleichbares ist in der Geschichte des weltweiten Bergbaues nicht bekannt“, schimpfen die Betroffenen. Wer nach dem 31. Dezember 1996 in Rente ging, stand plötzlich ohne seine erarbeitete Absicherung da. Im Schnitt fehlen seither etwa 500 Euro monatlich, gestaffelt nach Dienstjahren. Aus fassungsloser Wut gründeten rund 600 Kumpel am 1. Juli 1997 die Solidargemeinschaft der Bergleute Braunkohleveredlung Espenhain-Borna, um gegen den eklatanten Rechtsbruch am Einigungsvertrag zu protestieren.

Die Schwelereien waren der größte Luftverschmutzer des Leipziger Raumes. Per Ministerratsbeschluss vom 8. Februar 1990 wurde die endgültige Einstellung der Produktion besiegelt. Im August 1990 fuhren die Anlagen für immer herunter, wurden demontiert - und die ökologische Katastrophe im Leipziger Südraum endete.

Wenig später begann der soziale Kahl-schlag. Das treue Personal wurde im Eiltempo in den Vorruhestand, in direkter Abstimmung mit Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) in den sogenannten „Vor-Vorruhestand“ oder direkt in die nackte Arbeitslosigkeit geschickt.

Nur ein kleiner Kern blieb für den gefährlichen Rückbau. Eine echte soziale Absicherung garantierte eigentlich die feierliche Vertrauensschutzvereinbarung vom 12. Februar 1990 - der offizielle Sozialplan. Punkt 6 versprach den Erhalt der Rentenansprüche. Doch nach dem Vollzug der Einheit war das Papier wertlos. Eine staatliche Begleitung fand nicht statt; die Bergleute wurden sich selbst überlassen.

In den politischen Institutionen regiert heute - über dreieinhalb Jahrzehnte später - eine Mischung aus Ignoranz und kollektiver Ahnungslosigkeit. „Unterstützung von unserem Ministerpräsidenten Michael Kretschmer? Absolute Fehlanzeige“, bricht es aus Günter Freitag (87) heraus. Der ehemalige Instandhaltungsdirektor hatte Kretschmer 2018 dicke Ordner mit Unterlagen übergeben. „Danach kam nur ein Brief mit Datenschutzregelungen, den ich zurückschickte. Nun warte ich seit drei Jahren auf eine inhaltliche Reaktion. Es passiert überhaupt nichts.“

Kretschmers Sprecher verweist auf den Härtefallfonds und die Zuständigkeit des Bundes; man wolle „keine neuen Ungerechtigkeiten“ gegenüber West-Tagebauern schaffen. „Das ist eine völlig falsche Einordnung des Sprechers“, erklärt Freitag, und fügt hinzu: „Die Braunkohleschwelereien sind nur mit den Steinkohlekokereien des Westens zu vergleichen.“ Das Bundesarbeitsministerium wiederum wiegelt ab:



Zusatzrente aberkannt: Arthur Hänel (l.) und Günter Freitag vor der ehemaligen Schwelerei Witznitz bei Espenhain

Die gestohlene Rente

Bergleute opferten in DDR-Schwelereien ihre Gesundheit für eine versprochene Zusatzrente. Nach der Wende wurde ihnen diese klammheimlich gestrichen. Die Geschichte eines Skandals

ALEXANDER SCHUMANN (TEXT & FOTOS)

Es liege „weder eine Aberkennung noch eine Enteignung“ vor, da laut Bundesverfassungsgericht knappschaftliche Begünstigungen ab 1997 nur noch für echte Untertage-Arbeit gelten.

Klaus Dieter Wolf ist fassungslos: „Es ging in unserer gesamten Argumentation nie um eine Untertagetätigkeit. Die Herrschaften in den Ministerien verstehen überhaupt nicht, worum es im Kern geht. Es geht um die gesetzlich anerkannte bergmännische Tätigkeit in der DDR-Braunkohleveredlung auf Basis der Bergmannsrentenverordnung. Hier geht es um die Paragraphen 34 und 35 Absatz 1 Steigerungssatz, sowie um den Status der bergmännischen Tätigkeiten nach Paragraf 41 Absatz 1.“ So erklärt er Wolf.

In den völkerrechtlichen Verträgen sei außerdem nie ein Stichtag für eine Enteignung benannt worden. Noch bis 2009 sei die Prüfung im Rentenbescheid offiziell ausgedruckt gewesen. Wolf fragt: „Keine Enteignung? Wie soll man es denn sonst bezeichnen, wenn man 20 Jahre lang in toxischem Staub und Gasen geschuftet hat, dafür gesetzlich einen Ausgleich erhielt, und diese Leistung vom Rechtsstaat ohne jede Begründung negiert wird? Dies hätte man den Bergleuten im Ruhrpott oder an der Saar unter dem Schutz der West-Gewerkschaften nicht im Ansatz zugemutet!“

Während Kokerei-Arbeiter vollen Bestandsschutz erhielten und den Kollegen der Kokerei Zwickau die Zusatzrente bei gleichen Einträgen im Sozialversicherungsbuch gesichert wurde, gingen die Espenhainer leer aus. Dabei garantiert der Staatsvertrag vom 20. Mai 1990 in Artikel 20 den unbestreitbaren Schutz der erarbeiteten Renten, und Artikel 19 des Einigungsvertrages schützt rechtskräftige Ministerratsbeschlüsse.

Für Espenhain existiert der Beschluss vom 8. Februar 1990, der von der frei gewählten Volkskammer – auch mit der Stimme von Dr. Angela Merkel – bestätigt und im Juli 1990 in Bundesrecht überführt wurde. In der dazugehörigen Vertrauensschutzvereinbarung vom 12. Februar 1990 waren die Ansprüche in Punkt 6 unmissverständlich geklärt.

Hier zieht der Naturwissenschaftler und Chemiker Klaus Dieter Weißenborn, der ebenso betroffen ist und seit Jahren für seinen Berufsstand kämpft, einen bitteren ethischen Vergleich: „Kriegsverbrecher und ehemalige SS-Leute – sowie deren Nachkommen – erhalten bis heute reibungslos Rentenleistungen auf Basis eines alten Hitler-Erlasses durch die Bundesrepublik. Aber für ehemalige DDR-Bürger setzt man völkerrechtliche Verträge nach wenigen Jahren einfach außer Kraft. Wo bleiben da eigentlich die Moral und Ethik der politischen Parteien?“

Genau dieser moralische Bankrott der heutigen Politik trieb den 83-Jährigen schließlich zum Austritt aus der SPD, wie er sagt. „Die heutige Parteiführung missachtet ihre sozialdemokratischen Grundwerte“, begründet er den schweren Bruch. Ostdeutsche Interessen würden ignoriert: „Ich fühle mich wie ein Bürger zweiter Klasse. Zudem läuft der Aufrüstungskurs der Friedenspolitik der alten SPD völlig konträr.“

Bürger zweiter Klasse

Die Liste der Enttäuschungen ist lang. Der frühere Ostbeauftragte Christoph Bergner (CDU) hätte den Rentnern gern geholfen. Dazu meint Weißenborn: „Aber seine Ministerin Ursula von der Leyen hat ihn hängen lassen.“ Auch die Ampel habe versagt. „Carsten Schneider verkündete einst großspurig mit Kanzler Scholz, die soziale Einheit vollenden zu wollen. Passiert ist nichts!“

Scharfe Kritik übt Weißenborn an der heutigen Ministerin für Arbeit und Soziales, Bärbel Bas (SPD). In der Rentendebatte am 10. März 2019 soll sie der Leipziger Abgeordneten Daniela Kolbe (SPD) demonstrativ den Beifall verweigert haben, als diese statt des Härtefallfonds einen echten Gerechtigkeitsfonds forderte. „Bas blieb stumm. Es wundert mich nicht, dass wir aus Berlin heute keine Antworten mehr auf unsere Briefe bekommen.

Was bleibt vom Versprechen aus dem Glicke-Tiefensee-Papier von 2009 oder dem Wahlprogramm 2012? Damals schrieb die SPD-Ostgruppe fest: „Wir müssen Ungerechtigkeiten beseitigen. Nachteile für Ost-Versicherte darf es nicht geben. Das werden wir Sozialdemokraten tun. Wer denn sonst? – Passiert ist absolut nichts“, klagt Weißenborn. Die Parteispitze um Lars Klingbeil sitze das Thema Ostrenten aus. „Als der

Grünen-Abgeordnete Markus Kurth in einer Debatte polterte, das seien doch nur Beitrittsbürger, für die gilt das Grundgesetz nicht, hatte ich es verstanden. Wir sind nur Bürger zweiter Klasse!“

Als vermeintliche Lösung sollte ein Härtefallfonds her. Doch Dietmar Polster vom Vorstand des Vereins Runder Tisch Rentengerechtigkeit e.V. war von Anfang an skeptisch: „Wir haben damals gewarnt: Wenn das Papier so formuliert wird, bekommen die Betroffenen am Ende nichts. Es ist ein wiederholter Schlag ins Gesicht.“ Die Kriterien seien von der Bundesregierung so restriktiv und realitätsfern konstruiert worden, dass betroffene Berufsstände wie Eisenbahner, Krankenschwestern, Bergleute oder Naturwissenschaftler überhaupt keinen Zugriff auf die Gelder hatten. Ein Austausch fand nie statt: „Mit den Betroffenen selbst wurde im Vorfeld gar nicht gesprochen. Dabei fordern wir lediglich das ein, was uns rechtmäßig zusteht!“

Auch die heutige Ostbeauftragte Elisabeth Kaiser (SPD), die den Betroffenen 2019



Arthur Hänel (l.) und Günter Freitag zeigen ihre Sozialversicherungsausweise, in denen der wichtige Eintrag „Bergmännische Tätigkeit“ verzeichnet ist.

im Bundestag noch flammend zusprach, reiht sich aus Sicht von Polster in die Kette wirkungsloser Versprechungen ein: „An der Stelle sei bemerkt: Die Frage, ob der Posten des Ostbeauftragten eigentlich nur eine reine Alibifunktion erfüllt, können wir mit einem klaren Ja beantworten. Die Regierung hofft schlicht auf die biologische Lösung.“

Selbst jüngste Schreiben vom Beginn des Jahres 2026 an Bundeskanzler Friedrich Merz, Bärbel Bas, SPD-Chef Lars Klingbeil und die Fraktionen blieben unbeantwortet. „Wir werden totgeschwiegen“, bilanziert Polster bitter. „Wenn wir uns die gesellschaftliche Landschaft und die Landtagswahlen vor Augen halten, sehen wir das direkte Ergebnis dieses Nicht-gehört-Werdens. Es wird nicht auf Augenhöhe mit dem Osten gesprochen. Der Härtefallfonds hat die Kluft nicht geschlossen, er hat sie weiter aufgerissen.“

Die Reaktionen aus dem politischen Berlin spiegeln die tiefe Kluft wider. Die AfD-Abgeordnete Ulrike Schielke-Ziesing stellt fest: „Die Konstruktion des Härtefallfonds war falsch. Nicht einmal fünf Prozent der Anträge von Ostrentnern wurden bewilligt – magere 2734 DDR-Bürger erhielten eine Zuwendung. Das ist keine Gerechtigkeit.“ Da der Fonds seither als erledigt gilt, habe man auch 2024 und 2025 auf einen echten „Fairnessfonds“ gepocht.

Sehr zurückhaltend ist die CDU/CSU-Pressestelle: „Vielen Dank für Ihre Nachricht. Leider müssen wir Ihre Anfrage absagen.“ Die Linke teilt immerhin mit, dass die Kumpel seit drei Jahrzehnten um ihre Sonderrente kämpfen und man mit ihnen in Kontakt sei, während SPD, Grüne, FDP und das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) die Presseanfragen komplett unbeantwortet lassen.

Deutliche Worte finden die Freien Wähler: „DDR-Zusatzrenten sind eine Lebensleistung, die anerkannt werden muss. Dass die Ansprüche der Kumpel aus der Braunkohleveredlung unter den Tisch gefallen sind, ist ein Skandal.“ Die gesundheitliche Beeinträchtigung sei zweifelsfrei real; die Ansprüche müssten nun als versicherungsfremde Leistungen dringend aus Steuermitteln beglichen werden.

Die zuständige Knappschaft-Bahn-See lehnt jede Positionierung ab: „Die Thematik wurde in allen Facetten geprüft und höchst-richterlich entschieden. Daher werden wir



Schichtwechsel am Arno-Lippmann-Schacht des VEB Zinnerz Altenberg im Jahr 1976

IMAGO

keine Stellung mehr beziehen.“ Auch das Bundesarbeitsministerium verweist auf den Härtefallfonds: „Die Stiftung ist Ende 2025 beendet worden, weil der Stiftungszweck erreicht wurde.“ Für das Ministerium ist der Zweck erreicht, während fast alle ostdeutschen Antragsteller leer ausgingen und Hinterbliebene ignoriert werden.

Die Kumpel schäumen: „Wir haben alle einen Antrag gestellt und keiner von uns hat auch nur einen Cent bekommen! Wir lagen wegen unserer regulären Rente ohnehin über der maximalen Grundsicherung von 830 Euro. Ein Skandal, dass den Herrschaften das vorher nicht klar war“, erklärt Günter Freitag.

Auf die Nachfrage, ob sich ein Ostbeauftragter je mit sächsischen Ministern zu dem Thema getroffen habe, flüchtet sich eine Sprecherin der Ostbeauftragten in Formulierungen zu „effizienter Verwaltung“: Eine Dokumentation von Terminen oder Telefonaten sei rechtlich nicht geboten und leistbar. Zudem wurde auf Urteile verwiesen, die jedoch alle erst nach 1998 gefällt wurden. Für Klaus-Dieter Wolf ist das ein billiges Ablenkungsmanöver: „Keines dieser Urteile begründet die Aberkennung unserer Zusatzrente – denn die wurde von der Bürokratie ja bereits 1997 klammheimlich vollzogen.“

Vor der Kulisse eines ehemaligen Braunkohleveredlungswerkes im Bornaer Revier stehen die Kumpel, um deren Lebensabend in Berlin so kühl gefeilscht wird. Arthur Hänel (84), ehemaliger Inspektor der obersten Bergbehörde, blickt auf das Relikt jener Industrielandschaft, in der einst die Schornsteine rauchten und die heute das Gesicht der Leipziger Neuseenlandschaft prägt. Seine Stimme zittert vor Zorn: „Ich bin entsetzt, wie mit uns umgegangen wird. Ich hatte nie an der Wichtigkeit unserer Arbeit gezweifelt und mit dem Glauben an die gute Rente, die unsere Kumpel und mich einst erwarten wird, lange durchgehalten. Wir haben alle die harte Arbeit und die Gesundheitsrisiken in Kauf genommen. Dass wir so behandelt werden, hat mir den Glauben an den Rechtsstaat genommen.“

Dass es überhaupt so weit kommen musste, liegt jedenfalls nicht am mangelnden Einsatz in der sächsischen Heimat. Petra Köpping (SPD) hatte sich bereits in den vielen Jahren vor ihrem derzeitigen Amt als sächsische Ministerin für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt intensiv für die Belange der Bergleute engagiert. „Wir haben Briefe und Schreiben, die ihren unermüdlichen Einsatz schwarz auf weiß bezeugen, lange bevor sie Ministerin wurde“, betonen die Mitglieder der Solidar-gemeinschaft.

Zähe Treffen in Berliner Ministerien

Das bestätigt Köpping persönlich: Immer wieder habe sie die Interessen der Betroffenen direkt an die Bundesregierung adressiert, sich an Bundestagsabgeordnete sowie Spitzenpolitiker wie Hubertus Heil und Bärbel Bas gewandt, oft auch in gemeinsamen Vorstößen mit ihrem sächsischen Parteikollegen Martin Dulig.

Neben unzähligen Absagen und zähen Treffen in den Berliner Ministerien ist bei der sächsischen Politikerin im Laufe der Jahrzehnte vor allem ein einziger, zutiefst schockierender Satz hängen geblieben. „In Berlin musste ich mir aufgrund meines Engagements für unsere Bergmänner mal am Rande der Gespräche sagen lassen: Ach, hören Sie doch auf, wegen der paar Leute – so viele sind es doch nicht mehr.“

Es entlarvt das kalte Kalkül einer Bundespolitik, die das Problem nicht lösen, sondern schlicht aussitzen will, bis es sich von selbst erledigt. Während in Berlin scheinbar tatsächlich auf die biologische Lösung gehofft wird, blicken die Kumpel vor den alten Werksmauern schweigend in die Ferne. Sie gehören zu den Letzten aus dem alten Revier, die noch die Kraft haben, für ihre gestohlene Lebensleistung und im Namen der 334 verbliebenen Kollegen ihre Stimme zu erheben.

Doch ihnen rennt die Zeit unbarmherzig davon. Der Rechtsstaat schaut weg, die Berliner Uhren ticken weiter – und mit jedem vergehenden Monat stirbt ein Stück der hart erarbeiteten Gerechtigkeit von Espenhain.



Januar 1990: Der VEB Kombinat Espenhain war ein Betrieb zur Gewinnung und Verarbeitung von Braunkohle.

SEPP SPIEGEL/IMAGO